

## Regionales

Paula

## Hund gegen Maus?



Haben Sie Katzen? Paula hat eine. Einen fürsorglichen, mitdenkenden Kater. Einer, der sich auch um Paulas Versorgung kümmert. Und deshalb schleppt er regelmäßig Proviant ins Haus. Fangfrische, lebendige Mäuse. Damit Paula Spaß hat und satt wird. Aber Paula mag keine Mäuse, schon gar nicht lebendig in der Wohnung. Paula überlegt sich gerade ein Gegengeschenk – einen Hund. Bis Sonnabend

Kompakt

## Audi-Diebe auf Weg nach Polen

**PINNEBERG/POMELLEN** Während eines Schwerpunktinsatzes zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität haben Beamte der Bundespolizei am Dienstagabend nahe des ehemaligen Grenzübergangs Pomellen einen Audi A6 mit polnischem Kennzeichen kontrolliert. Nach Polizeiangaben von gestern kam der Fahrer des Audi der Aufforderung zum Anhalten zunächst nach, beschleunigte das Fahrzeug dann jedoch und entzog sich der Kontrolle in Richtung Polen. Beamte der Bundespolizei haben die Verfolgung aufgenommen, verloren den Audi allerdings aus den Augen. Schließlich entdeckten die Beamten den verlassenen Pkw etwa 250 Meter von der deutsch-polnischen Grenze entfernt. Bei der Überprüfung des Fahrzeugs stellten die Beamten nach Angaben einer Sprecherin der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt anhand der Umweltplakette in der Frontscheibe fest, dass der Audi in der Nacht zu Sonntag, 22. Mai, im Kreis Pinneberg gestohlen worden war.

## 50 000 Euro für Breitbandnetz

**KREIS PINNEBERG** Nach dem Amt Rantzau und dem Amt Elmshorn ist nunmehr auch der Antrag des Zweckverbands Breitband Marsch und Geest (Gemeinden Apfen, Groß Nordende, Heidgraben, Moorrege, Neuendeich, Haselau und Haseldorf) vom Bundesverkehrsministerium bewilligt worden. Das teilte der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann aus Elmshorn mit. Der Zweckverband bekomme 50 000 Euro für die Planung und Erstellung von Antragsunterlagen für die Förderung des Netzausbaus.

**THEMA DES TAGES** E-Government – Pilotprojekt soll Pinneberger Kreisverwaltung effizienter machen

## Wann kommt die Elektro-Akte?

**VERWALTUNG** Landrat beantwortet einen Katalog mit 100 Fragen zum Thema Digitalisierung / Investition von 830 000 Euro geplant

**ELMSHORN** Die Pinneberger Kreisverwaltung will in einem Pilotprojekt hunderte Regalmeter Akten in der Ausländerbehörde digitalisieren. Zum einen soll damit Raum gewonnen werden, weil das Amt aus allen Nähten platzt. Zum anderen will die Verwaltung mit der Digitalisierung den systematischen Einstieg ins E-Government, die papierlose Verwaltung, schaffen. Der Kreistag hatte die erforderlichen 830 000 Euro Anfang März aber noch nicht freigegeben (diese Zeitung berichtete). Stattdessen stellten die Kreistagspolitiker der Verwaltung etwa 100 Fragen. Die hat sie kürzlich beantwortet. Eine Auswahl:

**Welche Ziele sollen mit der E-Government erreicht werden?**

Für E-Government-Projekte nennt die Kreisverwaltung allgemein drei Ziele: Sie sollen den Bürgern und der Wirtschaft nutzen, sie sollen die Verwaltung modernisieren und sie sollen Datenschutz, Datensicherheit und die Harmonisierung von Informationstechnik voranbringen. In der Ausländerbehörde will der Kreis Pinneberg Personalmehrbedarf vermeiden, die Bearbeitung von Vorgängen beschleunigen, Archivfläche reduzieren, wachsende Kundenströme bewältigen, die Aktenrecherche und gleichzeitige Bearbeitung erleichtern und die Zusammenarbeit mit anderen Behörden verbessern.

**Wie können die Bürger von E-Government profitieren?**

Bürger profitieren laut der Verwaltung von kürzeren Bearbeitungszeiten. Auskünfte können demnach leichter erteilt werden, weil Aktenrecherche und Aktenbearbeitung gleichzeitig möglich sind. Viele Kunden verlangten zudem nach einer Ausweitung der digitalen Kommunikation. Die Verwaltung könne auch Bearbeitungsschritte automatisieren, sodass personelle Ressourcen für die individuelle Betreuung frei würden. Außerdem könnten den Bürgern Informationen leichter zugänglich gemacht werden, was die Transparenz erhöhe und politische Willensbildungsprozesse unterstütze.

**Was passiert, wenn die Kreisverwaltung auf E-Government verzichtet?**

Das E-Government-Gesetz auf Bundesebene ändert laut Verwaltung mehrere Gesetze in Bezug auf die elektronische Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen. „Spezialgesetze werden uns in



**Digitale Verwaltung:** Zahlreiche Unterlagen wie Bebauungspläne sind bereits digitalisiert im Geoportale des Kreises zu finden. THIEME

den kommenden Jahren zu weiteren Digitalisierungsprojekten verpflichtet“, heißt es von der Verwaltung. Schon jetzt müsse sie häufig Pflichtteile des Gesetzes berücksichtigen, etwa das Angebot der Identifizierung mit dem neuen Personalausweis. Doch auch ohne gesetzliche Verpflichtung biete das E-Government-Gesetz den Kommunen die Voraussetzungen, um elektronische Verwaltungsdienste einzuführen und auszubauen.

**Ist der Einsatz von Open-Source-Software geplant?**

Für das Projekt in der Ausländerbehörde soll die bereits im Einsatz befindliche Software mit Schnittstellen gekoppelt werden. Die Schnittstellen seien oft schon vorhanden. Zusätzliche Software werde nicht benötigt, so die Verwaltung. Gleiches gelte für die meisten der angedachten E-Government-Ideen. Der Einsatz von Open-Source-Produkten erfordere meist, dass Schnittstellen erst entwickelt werden müssten. Viele Fachanwendungshersteller unterstützten nur Standardsoftware und könnten bei Problemen mit Open-Source-Produkten keine Hilfe leisten. Open-Source-Lösungen könnten somit teurer als die Verwendung kostenpflichtiger Produkte sein.

**Wie soll Datenmissbrauch verhindert werden?**

Datenschutz wird laut Verwaltung Bestandteil jedes E-Government-Projekts sein. Ein individuelles Konzept mit einer differenzierten Darstellung von Schutzmechanismen und Risikoabwägungen werde für jedes Einzelprojekt zu erarbeiten sein. Für Mitarbeiter der Verwaltung gelte, dass Rechte

und Rollen im Dokumentenmanagementsystems Inhalte vor unberechtigtem Zugriff schützen sollen. Zu Angriffen von Hackern sagt die Verwaltung: „Die Infrastruktur ist gespiegelt aufgebaut, die Netzwerkzugänge sind mit einem Firewall-System gesichert, Virens Scanner sind auf allen Systemen vorhanden, Datensicherung wird täglich durchgeführt.“ Der E-Mail- und Internetverkehr sei neben der Firewall noch mit weiteren Systemen gesichert. Es würden etwa Viren in E-Mails abgefangen oder Downloads aus dem Internet von möglichen Schadprogrammen geblockt. Aktuell würden alle Standorte mit Watchguard-Firewall-Systemen ausgerüstet und die Datenübertragung auf verschlüsselte VPN-Netze umgestellt.

**Hat die Kreisverwaltung bereits Erfahrungen mit E-Akten?**

Im Fachdienst Straßenbau und Verkehrssicherheit werden laut Verwaltung Ordnungswidrigkeiten bereits vollständig digitalisiert bearbeitet. Bis spätestens

2018 soll der Rechtsverkehr zu den Gerichten nur noch elektronisch geführt werden. Das Testverfahren läuft. Im Fachdienst Umwelt scannen demnach zwei Mitarbeiter alle Aktenteile zur Lagerung wassergefährdender Stoffe. Im Fachdienst Finanzen und Controlling wurde die E-Rechnung eingeführt. Die Mitarbeiter scannen dort Rechnungen. Im Fachdienst Planen und Bauen werden die Bauakten von einer Mitarbeiterin gescannt.

**Ist der Scan eine Fotokopie ohne Veränderungsmöglichkeit der Daten?**

Die Daten können nicht verändert werden. Einzelheiten sollen laut Verwaltung in dem Pilotprojekt geklärt werden.

**Werden die Papierakten nach dem Scan vernichtet?**

Eine Lagerung am Arbeitsplatz soll nicht mehr erfolgen. Mittelfristig würden die Akten vernichtet. Wie lange sie aus Sicherheitsgründen noch verwahrt werden sollten, muss laut Verwaltung eine Risikoanalyse in dem Pilotprojekt ergeben.

**Was geschieht bei einem Serverausfall?**

Der Kommunale Zweckverband Kommunit, der für mehrere Kreise IT-Dienstleistungen übernimmt, betreibt laut Verwaltung ein gespiegeltes Rechenzentrum in zwei getrennten Brandschnitten. Notstrombatterie und Notstromdiesel liefern unterbrechungsfrei Strom bei einem Ausfall der Versorgung. Der Brandschutz im Rechenzentrum sei verbessert worden.

**Entfallen Mehrkosten für die räumliche Ausweitung der Ausländerbehörde?**

Ziel der Verwaltung sei, Mehrkosten durch einen Umzug zu verhindern. Ein Umzug der Ausländerbehörde an einen anderen Standort würde aufgrund der zahlreichen Besonderheiten wie Tresorraum, spezialgefertigte Tresen, Info-Raum, Aufrufanlage, Alarmanlage, Wartebereich, Fotoautomat und Kassenautomat zumindest Kosten in vergleichbarer Höhe der veranschlagten Projektkosten verursachen.

**In welcher Art und Weise sollen die Akten für die nächsten 20 bis 30 Jahre digital zur Verfügung gestellt werden?**

Die E-Akten werden in Langzeitarchive überführt und in ein spezielles Leseformat, etwa PDF, gewandelt. Entsprechend unterschiedlicher Aufbewahrungsfristen müssen Akten aus datenschutzrechtlichen Gründen gesondert werden. Eine Aufbewahrung über mehr als 20 oder 30 Jahre ist nach Angaben der Verwaltung nicht angedacht. Bestimmte Akten würden aber an Kreis- oder Landesarchiv überführt. Tobias Thieme

**HINTERGRUND E-GOVERNMENT**

Für die Bundesregierung ist E-Government „der Einsatz elektronischer Informationstechnologien, damit Verwaltungsangebote für jedermann einfach, schnell und ortsunabhängig zugänglich sind“. Vom Antrag bis zum Bescheid soll in Zukunft alles elektronisch laufen. Das mache Bürger und Unternehmen unabhängig von Öffnungszeiten der Behörden und spare den Weg ins Rathaus. Das E-Government-Gesetz des Bundes soll ein wesentlicher Schritt zu einem flächen-

deckenden Angebot sein. Bestandteile sind etwa der neue Personalausweis, mit dem sich Bürger auch digital ausweisen können, und DE-Mail. Mit diesem elektronischen Postdienst können auch Rechtsgeschäfte abgewickelt werden. Zum E-Government gehört auch Open Data. Staatliche Einrichtungen stellen ihre Daten zur privaten und kommerziellen Weiterverwendung und Weiterverbreitung bereit. Das soll Transparenz und Innovation fördern. (Quelle: Bundesregierung) thi